

F l u g b l a t t f ü r d i e F r e i h e i t .

I. Magdeburg, 6. Oktober 2026

Eine Demokratie verliert ihre Freiheit nicht erst, wenn die letzte widersprechende Stimme verstummt. Sie gerät in Gefahr, wenn ihre Vertreter die Gewöhnung an das Ungeheuerliche zur politischen Vernunft erklären. Was am 6. Oktober in Magdeburg geschah, verlangt unseren Widerspruch. Niemand soll später sagen können, die Bedeutung dieses Tages sei nicht zu erkennen gewesen.

Tobias Rausch wurde mit 48 Stimmen zum Präsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt gewählt. Er ist der erste Landtagspräsident der AfD in Deutschland. Am selben Tag wurde auch sein Parteikollege Hans-Thomas Tillschneider zum Vizepräsidenten gewählt. Die AfD besetzt damit zentrale Ämter des Parlaments. Das ist ein Machtgewinn, dessen Normalisierung wir nicht schweigend hinnehmen dürfen.

AfD und BSW verfügen zusammen über 44 Sitze. Mindestens vier Ja-Stimmen kamen somit von außerhalb dieser Fraktionen. Es gibt Medienberichte über mögliche Absprachen mit CDU-Abgeordneten. Bewiesen ist diese Herkunft nicht: Die Wahl war geheim. Wer Aufklärung fordert, muss diese Grenze benennen. Wer sie als Vorwand benutzt, jede politische Verantwortung abzuweisen, macht es sich zu leicht.

Sollten die vier zusätzlichen Stimmen aus der CDU gekommen sein, wäre dies ein schwerer Verrat am eigenen Anspruch, der extremen Rechten Grenzen zu setzen. Eine Partei kann nicht öffentlich Abstand versprechen und durch ihre Abgeordneten im Verborgenen Zustimmung liefern. Die CDU-Führung muss sich den Berichten stellen und mögliche Absprachen aufklären. Ein Bekenntnis zur Demokratie ist wertlos, wenn es vor der Wahlurne endet.

Die angekündigten 44 Stimmen von AfD und BSW hätten für die erforderlichen 42 bereits ausgereicht. Die zusätzlichen Stimmen waren rechnerisch nicht nötig. Das macht sie politisch nicht belanglos: Jede weitere Zustimmung stärkt den Eindruck, die Abgrenzung sei verhandelbar. Auch das BSW trägt Verantwortung für seine angekündigte Unterstützung. Niemand kann diese Entscheidung als bloße parlamentarische Höflichkeit abtun.

Das Präsidentenamt ist kein Schmucktitel. Es bedeutet Leitung der Verwaltung, Hausrecht und Polizeigewalt in den Räumen des Landtags. Diese Befugnisse bleiben an Recht und Verfassung gebunden. Doch gerade deshalb verlangt ihre Ausübung wache Kontrolle. Die Gefahr liegt in der Gewöhnung: Was heute als Ausnahme entschuldigt wird, kann morgen zur Grundlage weiterer Machtverschiebungen werden.

Menschenwürde, gleiche Rechte und die Freiheit des Widerspruchs dürfen keine Verhandlungsmasse sein. Fordert Antworten von euren Abgeordneten. Unterstützt unabhängigen Journalismus und demokratische Initiativen. Widerspricht der Ausgrenzung im Alltag. Demonstriert friedlich. Wartet nicht darauf, dass andere die Verantwortung übernehmen. Eine freie Gesellschaft lebt davon, dass Menschen ihre Freiheit gemeinsam verteidigen.

Schweigen schafft Gewöhnung. Widerspruch schützt Freiheit.

Lesen. Weitergeben. Friedlich handeln.